

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Private Banking
Markus Stadlmann schildert die aktuellen Rahmenbedingungen nach der Finanzkrise.
>> Seite 3



CIVITAS-Award für drei Stiftungen
Die begehrte Auszeichnung ging diesmal nach Bludenz, Knittelfeld und Frankenmarkt.
>> Seite 5



CSR als Geschäftsphilosophie
Das EU-Parlament spricht sich für gemeinwohlorientiertes Unternehmertum aus.
>> Seite 7



Heinz Bednar: „Es gibt viele Argumente, die für die Fonds sprechen. Gerade nach der Krise.“

Der Fondsfrühling blüht schon seit dem Winter

Was sich schon im Vorjahr abgezeichnet hat, gewinnt jetzt an Fahrt: Die Renaissance der Fonds wird das österreichische Veranlagungsgeschehen 2013 ganz wesentlich prägen. Heinz Bednar, Vorsitzender der Geschäftsführung ERSTE-SPARINVEST und Erste Asset Management, sieht nach den institutionellen Anlegern nunmehr auch die Privatkunden „zurückkommen.“

„Es wird ein gutes Fondsjahr, die Zuflüsse steigen, und ich rechne damit, dass das auch im gesamten Jahresverlauf so bleibt.“ ESPA-Chef Bednar verspricht Optimismus, und erst bei solchen Aussagen merkt man, wie selten das im Finanzdienstleistungsgeschäft mittlerweile geworden ist. Das Interesse an Investmentfonds sei groß und erfasse nunmehr auch den Privatkunden. „Die Institutionellen haben schon im Vorjahr die Schlüsse aus dem Niedrigszins-Umfeld gezogen und gaben sich risikobereiter. Jetzt kommen auch die Privatkunden wieder, die sich traditionell – und das ist ihr gutes Recht – etwas mehr Zeit für die Neueinschätzung der Märkte nehmen.“

Die österreichische Fondsbranche hat schon im Vorjahr einen starken Akzent gesetzt und ihr Fondsvolumen deutlich ausgeweitet. Das von allen österreichischen Fondsgesellschaften verwaltete Kapitalvermögen ist um 7,2 Prozent auf 144,4 Mrd. Euro gestiegen. Die größte Tochter der Erste Asset Management, die ERSTE-SPARINVEST, konnte ihr Volumen um 11,9 Prozent auf 26,4 Mrd. Euro steigern und ihre Marktstellung als Nummer eins im Publikumsfondsbereich und Nummer zwei bei den Großanlegern erfolgreich behaupten. Zusammen mit der „Ringturm“ und den eigenen Kapitalanlagesellschaften der Sparkassen in Tirol

und Oberösterreich beläuft sich das verwaltete Volumen auf mehr als 31 Mrd. Euro.

Zuwächse in fast allen Anlageklassen

Das Volumenswachstum resultiert zu einem guten Teil aus den erfreulichen Wertzuwächsen in nahezu allen Anlageklassen: „Egal ob Aktien, Anleihen oder Immobilien, unsere Kunden können mit der Wertentwicklung ihrer Fonds sehr zufrieden sein. 97 Prozent der Publikumsfonds waren im Vorjahr kräftig im Plus“, unterstreicht Bednar, der auch Präsident der Vereinigung Österreichischer Investmentgesellschaften (VÖIG) ist. >>>

Meine Meinung



Finanztransaktionssteuer lässt uns nicht jubeln

Nur wenige Steuern oder Abgaben lassen sich mit soviel fiskalpolitischem Ethos und Pathos begründen wie diese: Die Finanztransaktionssteuer solle dazu dienen, die Kreditwirtschaft, die als Folge weltweiter Finanzkrisen massive Unterstützung seitens der öffentlichen Hand bekommen habe, nunmehr auch an den Kosten zu beteiligen. Außerdem müsse den Finanzjongleuren, die in Sekundenschnelle Milliardenbeträge aus Arbitragegründen und ohne jeglichen Bezug zur Sachwirtschaft durch die globalen Netze jagen, das Handwerk gelegt werden. Einmal mehr wird aber nicht unterschieden zwischen den völlig unterschiedlichen Geschäftsmodellen und Risikoprofilen der Banken und ihrer Verantwortung für die Finanzkrise.

Österreich war einer der Promotoren dieses Projekts auf EU-Ebene, und seit einigen Wochen liegt auch ein entsprechender EU-Richtlinienentwurf der Kommission vor. Er hat das Ziel, die Zusammenarbeit im Bereich einer Finanztransaktionssteuer zwischen jenen 11 EU-Ländern, die sie einführen wollen, zu verstärken. Geplant ist die Einhebung der neuen Steuer in Höhe von 0,1 Prozent – bei Derivaten sollen es 0,01 Prozent sein – auf Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten.

„Eine breite Bemessungsgrundlage und Vorkehrungen, um Verlagerungen im Finanzsektor zu verhindern“, so beschreibt die Kommission ihre Motivation zu dieser neuen Steuer.

Die Fiskaleffekte liegen auf der Hand, die Lenkungseffekte hingegen werden sich in engen Grenzen halten. Denn der außerbörsliche Handel ist nicht erfasst.

Aus österreichischer Sicht sind einige kritische Anmerkungen durchaus angebracht: Denn hierzulande leistet die Kreditwirtschaft mit der Banksteuer schon einen erheblichen Beitrag zu den Krisenlasten der öffentlichen Hand. 625 Mio. Euro jährlich sind eine gerade in diesen Zeiten deutlich spürbare Belastung der Ertragslage. Zumal wir alle ja die Eigenmittel signifikant erhöhen müssen. Diese Vorleistung ist also beachtlich!

Auch für den Finanzstandort Österreich ist die ab Jahresbeginn 2014 neu zu erwartende Steuer kein Ermutigungssignal. Die Aktiensparer, Fondsanleger und sonstigen Investoren werden zusätzlich abkassiert. Der Steuersatz mag mit 0,1 Prozent marginal scheinen, zusammen mit der erst vor zwei Jahren beschlossenen Kursgewinnbesteuerung führt die Finanztransaktionssteuer derzeit zu neuerlicher Verunsicherung.

Großer Jubel ist nicht angebracht. Eher schon wieder besondere Wachsamkeit, bevor die Steuer überhaupt beschlossen wird. Denn gleich nach Veröffentlichung des EU-Entwurfs meldeten sich in Österreich sogleich die umverteilerischen Musterschüler zu Wort: Der Steuersatz könnte doch hierzulande auf 0,2 Prozent verdoppelt werden!

Da kann man nur sagen: Wehret den Anfängen!

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Zehn Jahre Privatstiftung Sparkasse Mittersill

Die Privatstiftung Sparkasse Mittersill ist seit nunmehr zehn Jahren im Oberpinzgau tätig. Im Rahmen einer Stiftungsgala wurden die zahlreichen Projekte vorgestellt, die die Stiftung unterstützt hat. So unter anderem das Projekt „Komm-Bleib“ und die Revitalisierung des alten Bezirksgerichts.



Stiftungsvorstand Helmut Exenberger, Landesrätin Tina Widmann, Sparkassen-Vorstandsvorsitzender Gerhard Biller und Privatstiftung-Vorstandsvorsitzender Roman Oberlechner.

Schüler erstellen Studie zum Thema „Jugendkonto“

Im Auftrag der Sparkasse Niederösterreich Mitte West AG führten Schülerinnen und Schüler der Tourismusschule im Wifi St. Pölten eine Marktstudie zum Thema „Jugendkonto“ durch. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Auch heute noch entscheiden Eltern, bei welcher Bank ihr Kind ein Konto eröffnet.
- Persönlichkeit und Fachkompetenz der Betreuer sind entscheidend für die Zufriedenheit der Jugendlichen.
- Jugendliche Bankkunden wollen bei Geldgeschäften wie Erwachsene behandelt werden.
- Gratiskonto und Goodies sowie Aktionen werden von den Jugendlichen erwartet.

Konzert am Valentinstag

Die Steiermärkische Sparkasse unterstützt bereits in der sechsten Saison den Musikverein für Steiermark als Hauptsponsor. Ein besonderes Glanzlicht war das Konzert der Wiener Philharmoniker am Valentinstag, dirigiert vom Generalmusikdirektor der Wiener Staatsoper, Franz Welser-Möst.



Der Generaldirektor des Musikvereins für Steiermark, Michael Nemeth, Franz Welser-Möst und Vorstandsvorsitzender Gerhard Fabisch.

Partnerschaft mit der besten Schule Österreichs

Als Gewinner des Österreichischen Schulpreises 2012 des Unterrichtsministeriums ist das Gymnasium Bludenz eine Vorzeigeschule. Die Sparkasse Bludenz hat nun mit dem Bundesgymnasium eine Partnerschaftvereinbarung unter dem Motto „Eine Partnerschaft, die Wissen schafft“ unterzeichnet.

Während Großinvestoren die Markchancen wahrgenommen hätten, sei im Retail aufgrund der im Vorjahr vorherrschenden Nachrichtenlage im Hinblick auf die Staatsschuldenkrise noch Zurückhaltung spürbar gewesen. Als Folge der niedrigen Geldmarktzinsen seien Investoren weltweit auf der Suche nach Rendite und würden nun höher rentierenden Anlageklassen den Vorzug geben, so Bednar. Rückenwind für den Fondsabsatz in 2013 erwartet der Sparinvest-Chef auch von den sich recht gut entwickelnden Aktienmärkten.

„Für die reinen Aktienfonds orten wir noch keinen signifikanten Nachfrageschub, aber die Investoren sind wieder bereit, in Mischfonds einzusteigen.“ Keine Frage: Das mehr als magere Zinsniveau bei den meisten Staatsanleihen macht den Aktienanteil meist zum „Butter auf dem Brot“ der Performance.

Fondstag am 19. April

Das Frühlingserwachen auch im Privatkundengeschäft soll auch mit verstärkter Marktkommunikation flankiert werden. Am 19. April planen die in Österreich tätigen Kapitalanlagegesellschaften deshalb einen „Tag der Fonds“. Mit Info-Veranstaltungen und einem werblichen Auftritt soll noch mehr Aufmerksamkeit auf die Fonds gerichtet werden. „Wir werden wieder mehr auf die strukturellen Vorteile der Fonds hinweisen. Diese haben sich ja trotz Krise nicht geändert, jetzt ist der Zeitpunkt, wieder darüber zu reden“, meint Bednar, der auch den Fonds-Sparplan als langfristig attraktives Instrument des privaten Vermögensaufbaues stärker im Anlegerbewusstsein verankern will.

Die Rahmenbedingungen werden besser, analysiert Bednar:

- Anleger trauen sich wieder in volatileren Investments. Die hervorragende Nachfrage nach Unternehmensanleihen habe gezeigt, dass Anleger wieder bereit sind, „Risiko zu nehmen“.
- Für Aktienfonds und Mischfonds mit nennenswertem Aktienanteil sei das Potenzial nach oben noch nicht ausgeschöpft.
- Das globale konjunkturelle Umfeld ist für Fondsinvestitionen weiterhin ein unterstützender Faktor. Die Frühindikatoren deuten auf eine langsame wirtschaftliche Erholung hin, was durch die jüngst in vielen Ländern veröffentlichten Einkaufsmanagerindizes bestätigt wird.
- Die Leitzinsen in den USA, in der Europäischen Währungsunion und in Japan liegen nahe null Prozent. Der schwache Arbeitsmarkt und die in der Euro-Zone stagnierende Kreditvergabe dämpften die Inflation in den entwickelten Volkswirtschaften. Die Geldmarktzinsen und die Renditen für Anleihen ohne Kreditrisiko verharren auf tiefem Niveau. Das Risiko einer Zinswende sei sehr gering.



„Erst sind die Institutionellen wieder eingestiegen, jetzt entdecken Privatanleger die Fonds neu.“

- Die Wirtschaftspolitik in der Euro-Zone habe mit dem Staatsanleihen-Kaufprogramm der Europäischen Zentralbank, dem Rettungsschirm ESM und der EZB Bankenaufsicht das unmittelbare Risiko eines Zerfalls der Euro-Zone auf de facto Null reduziert.
- Die Renditechancen bei Anleihen ohne Kreditrisiko oder Unternehmensanleihen im Investment Grade-Bereich seien bereits ausgereizt. „Höhere Renditen findet man daher bei Anleihen aus den Schwellenländern, insbesondere auch in Zentral- und Osteuropa wie auch bei Unternehmensanleihen mit etwas niedrigeren Bonitäten.“

rie, die „SMART-Fonds“, geschaffen. Unter SMART-Fonds versteht Bednar gemanagte Lösungen, bei denen der Kunde lediglich die Risikobereitschaft bekannt geben müsse, die Umsetzung auf der Ertragsseite den Investment-Spezialisten überlassen sei. „Unsere gemischten Fonds haben das Vorjahr sehr gut abgeschlossen und sind für die meisten Anleger ein ideales Vehikel für die Vorsorge und Veranlagung.“

Wünsche an die neue Zukunftsvorsorge

„Wir sind als Finanzwirtschaft in die laufenden Gespräche im Finanzministerium über eine Reform der prämiengestützten Zukunftsvorsorge voll eingebunden“, unterstreicht Bednar, der auch das gute Verhältnis in dieser Thematik zu den Versicherungsgesellschaften betont. Er rechnet noch vor den herbstlichen Parlamentswahlen mit einer Lösung. Was er sich wünscht? „Man sollte dem Anleger auch die Möglichkeit einer Variante ohne Garantie geben. Garantie kostet bekanntlich Geld und somit Performance. Warum sollen die Menschen nicht selbst entscheiden dürfen, welches Risiko sie nach eingehender Beratung eingehen wollen? Bei der Langfristigkeit des Produktes besteht doch überhaupt nicht die Gefahr, dass mit staatlicher Förderung spekuliert wird“, unterstreicht Bednar. Er hofft auf ein ministerielles Reformpaket, das auch dem Produkt Fonds die Möglichkeit gibt, „hier als Mittel zum Vermögensaufbau“ eine entsprechende Rolle zu spielen. Die Fondsgesellschaften böten ein hohes Maß an Produkttransparenz, und alles, was der Flexibilität der Sparer bzw. Anleger dienlich ist, sei von Vorteil.

Keine Begeisterung kommt hingegen beim Thema Finanztransaktionssteuer auf. Die Auswirkungen seien jetzt noch nicht abzuschätzen, aber neuerliche Verunsicherung sei das Letzte, was die Märkte derzeit bräuchten.

Von Milan Frühbauer

„Der Wind hat sich deutlich gedreht.“

Die Diskussionen um den Euro ließen internationale Investoren zurückhaltend agieren. Unsicherheit ist immer Gift für die Märkte. Mit der Stabilisierung der Euro-Zone kehrten diese wieder zurück. Dies begünstigt heuer die europäischen Aktienmärkte. Besonders Zentral- und Osteuropa sollten von der Rückkehr des Anlegervertrauens profitieren. Die ESPA erwartet auch für die Börsenplätze Österreich, Türkei und Russland Aufwertungspotenzial. Gerade Russland sei derzeit ein klarer „Value“-Play. Was Asien betrifft, legt die Sparinvest derzeit besonderes Augenmerk auf die Börsen in Hongkong, Korea und Taiwan.

„Smart-Fonds“ auf dem Vormarsch

Heinz Bednar rechnet damit, dass künftig „smarte“ Investmentlösungen im Vormarsch sein werden. Die Erste Asset Management/ERS-TE-SPARINVEST habe für die Kunden und Berater eine eigene Katego-

„Erfahrung, die nicht am Radarschirm war“

Seit Dezember 2012 leitet Markus Stadlmann das gesamte Private Banking der Erste Group. Der geborene Linzer war davor im Privatkundengeschäft von Barclays in London tätig. Er studierte in Wien und in Chicago und konnte in 25 Jahren umfassende Erfahrung in der Finanzdienstleistungsbranche – sowohl für Privat- als auch für Kommerzkunden – sammeln. Stadlmann schildert die aktuellen Rahmenbedingungen des Private Banking nach Finanzkrisen und Vertrauensverlusten.

Sparkassenzeitung: Hat der Kunde des Private Banking, der ja als überdurchschnittlich informiert gelten darf, den Krisenschock schon überwunden?

Stadlmann: Aus meiner Sicht nein, hat er noch nicht. Die Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 war für viele Kunden des Private Banking eine Erfahrung, die sie nicht auf dem Radarschirm hatten. Das war in der Chronologie der Ereignisse und im Ausmaß für die meisten überraschend und schockierend.

Und psychologisch wirkt das nach ...

... keine Frage. Wir wissen ja aus der Verhaltensempirie der Finanzwissenschaft, dass Kunden bzw. Investoren negative Erfahrungen, die sie machen mussten, wesentlich länger in Erinnerung behalten als positive Entwicklungen.

Gleichzeitig vermittelt ja aber auch der aktuelle Blick in die Zeitung oder auf die Märkte selbst nicht gerade den Eindruck, dass mittlerweile alles in bester Ordnung ist. Die Verschuldungskrise ist noch aufrecht, nur kann man offensichtlich jetzt besser damit umgehen. Doch wann immer man mit den Kunden oder Kundenvertretern spricht wird klar: Die Vorsicht ist immer noch geboten.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass das Vertrauen in alle Institutionen der Finanzindustrie krisenbedingt sehr gelitten hat. Das ist der zweite Grund, warum die Krise noch nachwirkt. Denn Vertrauensaufbau dauert sehr lange, der Verlust geht dann viel schneller.

Das heißt, dass das Sicherheitsdenken auch bei der Klientel des Private Banking vorherrscht?

Ich formuliere es anders: Der Kapitalerhalt nach Steuern, Kosten und Inflation steht im Vordergrund. Das ist die Erwartungshaltung der Kunden.

Kommt das von Ihnen schon apostrophierte Vertrauen merkbar wieder zurück?

Ich glaube, den Sparkassen kommt in diesem Zusammenhang ein großes Verdienst zu. Sie waren in den Krisenzeiten bodenständiger, haben mehr Wert auf Beratung gelegt und waren an stabilen Kundenbeziehungen interessiert. Im Vergleich zu anderen Kreditsektoren haben ja die Sparkassen die Krise



Markus Stadlmann: „Werterhalt nach Steuern, Kosten und Inflation.“

gut bewältigt. Genau das schafft bei der Klientel, der wir uns verpflichtet fühlen, wieder mehr Vertrauen. Aber insgesamt haben wir alle in der Kreditwirtschaft diesbezüglich einiges gut zumachen. Die generelle Vertrauenskrise gegenüber der Institution Finanzdienstleistung ist noch nicht überwunden.

Jetzt liegt es an uns: Entscheidend im Private Banking sind: Risiko- und Kostentransparenz, und die absolute Priorität für professionelle, seriöse Beratung.

„Sparkassen haben die Krise gut überstanden.“

In Ihr Aufgabengebiet fällt doch auch die Betreuung von Stiftungen.

Hier muss man unterscheiden zwischen den Stiftungen, die gleichsam das Gefäß für den Vermögenserhalt darstellen, und jenen, die gemeinnützige Ziele haben. In beiden Fällen gewinnt die Stiftung an Popularität und Bedeutung. Wir haben das als Bank, die ja selbst zu großen Teilen einer Stiftung gehört, einen sehr hohen Grad an Glaubwürdigkeit. Das hilft uns auch bei dem bereits erwähnten Problem der Rückgewinnung von Vertrauen. Wir sind sicher besser dran als andere Kreditinstitute, die ausschließlich Aktionärsinteressen befriedigen. Wir hingegen haben auch die Aktionäre zu berücksichtigen, verfügen aber

über ein wesentlich ausgewogeneres Aktionariat.

Gilt die seit Monaten feststellbare Präferenz für Sachwerte – wie etwa Immobilien – auch für die Veranlagungsstrategie der Kunden im Private Banking?

Ja, es gibt eine gewisse Sorge, dass die gegenwärtigen Liquiditätsmengen mittelfristig zu Inflationsgefahren führen.

Derzeit ist diese Sorge unbegründet: Wir haben keinen Kostendruck vom Arbeitsmarkt her, weil in vielen Ländern leider die Arbeitslosigkeit relativ hoch ist. Auch der gedämpfte Konsum in den westlichen Industriestaaten ist derzeit keineswegs inflationstreibend und von der Kreditnachfrage gehen ebenfalls keine Überhitzungstendenzen aus. Ich sehe also in den kommenden ein- einhalb Jahren keine Inflationsgefahren auf uns zukommen. Doch Private-Banking-Kunden denken langfristiger als der typische Retail-Kunde. Die Vermögensanlage ist naturgemäß ebenfalls langfristiger konzipiert und damit spielt das Thema Inflation eben schon eine Rolle.

Sind Ihre Kunden angesichts des historischen Zinstiefs schon bereit, ein höheres Risiko zu gehen?

Ja, das ist eindeutig erkennbar. Und wir reden ja hier von der Region Zentral- und Osteuropa. Die Maßnahmen der EZB im Vorjahr haben zu einem anhebenden, vorsichtigen Optimismus der Kunden geführt. Der typische Privatanleger ist noch nicht auf den Aktienmarkt zurückgekehrt. Der Kunde des Private Banking hingegen – der sich die aktuelle Situation der Asset-Kategorien ansieht – der sieht, dass Aktien aus heutiger Sicht recht attraktiv bewertet sind.

Wie ist die Wettbewerbssituation in jenen Regionen, in denen Sie tätig sind?

Überall ist festzustellen, dass aggressive Geschäftsmodelle im Private Banking absolut keinen Platz mehr haben.

Solide Beratung und stabile Kundenbeziehung – das sind die entscheidenden Kriterien. Deshalb fühlen wir uns im Private Banking wettbewerbspolitisch in der gesamten Region recht wohl.

Das Interview führte Milan Frühbauer

EINBLICK



Milan Frühbauer

Wieder einmal musste „Hugo“ zurechtrücken

Nicht nur am Stammtisch war das Murren laut: Österreich in seiner Funktion als Nettozahler wird in den kommenden sieben Jahren etwas mehr zum EU-Haushalt beitragen müssen als bisher. Das war sofort Wasser auf die Mühlen der oppositionellen Populisten, und selbst der eine oder andere Exponent des kleineren Regierungspartners konnte sich verbale Sticheleien gegen den Bundeskanzler nicht verkneifen.

Statt dass man sich hinstellt und sagt: Wir sind in Österreich eben überdurchschnittlich erfolgreich, also müssen wir auch mehr in die Solidargemeinschaft einzahlen. Das wäre die ehrliche Haltung einer Leistungspartei ... Wird denn nicht in jeder politischen Sonntagsrede die Solidarität der Vermögenden gegenüber den Darbenden wortreich beschworen?

Ressentiments statt Stolz auf eigene Leistung

Beschämend auch, wie sich die Mandatäre der Stronach-Fraktion bei der einschlägigen Parlamentsdebatte gegen die EU aus der Affäre zogen. Sie haben zwar in ihrem jetzigen Klubstatus nie ein Mandat vom Wähler bekommen, wissen hingegen aber schon ganz genau, wes Lied parlamentarisch zu singen ist. Seltsam genug, dass ein Unternehmer, der seinen Konzernerfolg nicht zuletzt dem Freihandel und den Errungenschaften des Binnenmarktes verdankt, mit hohlen Floskeln gegen die Europäische Union Stimmung macht. Ein Globalisierungsgewinner predigt den mentalen Merkantilismus.

In den vergangenen Wochen ist einmal mehr klar geworden, wie weit wir von einem europäischen Verständnis für die Lösung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturprobleme noch immer weg sind. Mit einigen Millionen mehr für das Gemeinschaftsbudget lassen

sich breitflächig Ressentiments lostreten. Und die Alternativen? Da herrscht natürlich Schweigen im Walde.

Kaum jemand aus der aktiven Politik übernimmt es derzeit, die Bürger dieses Landes auf die Bedeutung des Einigungsprozesses aus historischer Perspektive aufmerksam zu machen. Mit klaren Worten, ohne Bangen vor dem nächstwöchigen Demoskopie-Befund. Sogar eine verträgliche Portion Pathos wäre in diesem Zusammenhang erlaubt.

Beindruckende Worte von Hugo Portisch

Wieder einmal musste der Altmeister Hugo Portisch her. In einem sehr informativen „Science Talk“ mit dem Historiker Oliver Rathkolb im Spartenprogramm ORF III zum Relaunch der Dokumentationsreihe „Österreich I“ sprach der Doyen des hochqualitativen Dokumentationsjournalismus Klartext: Man sehe es an der Geschichte Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg, was es für ein Land bedeute, aus dem integrierten Wirtschafts- und Währungsraum namens Donaunarchie gleichsam über Nacht zu einer kleinen Volkswirtschaft zu schrumpfen, die von Zollmauern der neuen, nationalstaatlich organisierten Nachbarstaaten umgeben sei. Mit dem Wegfall traditioneller Absatzmärkte und der Kappung historisch gewachsener Rohstofflieferungen. „Da würden manche, die jetzt laut den Ausstieg aus der EU fordern, schön schauen, was dann die Konsequenzen wären ...“ meinte Hugo Portisch unter Hinweis auf den Beginn der Ersten Republik mit der ihm eigenen, faktenfundierten Emotionalität.

Müssen es denn immer die emeritierten Größen unseres öffentlichen Lebens oder die älteren Semester unter den historisch versierten Journalisten sein, die Wahrheiten offen und ehrlich aussprechen?

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Sponsoring für Sporttalente

Die Sparkasse Mürzzuschlag fördert junge Sporttalente in ihrer Region. Ein Teil dieses Konzeptes ist das Sponsoring der Eisstockschützin Viktoria Schlapfer, die zuletzt österreichische Meisterin im U23-Zielwettbewerb wurde. Seit Kurzem wird auch der 16-jährige Judoka Markus Hirzberger von der Sparkasse unterstützt.

s Versicherung fördert Palliativausbildung

Seit Jahren arbeiten die Sparkassen und die Hospizbewegung eng zusammen. Dieser Partnerschaft hat sich nun auch die s Versicherung angeschlossen. Sie unterstützt die Palliativausbildung der Mitarbeiter in niederösterreichischen Pflegeheimen, um die Lebens- und Pflegequalität der Heimbewohner weiter zu verbessern.



Ingrid Herzog, Geschäftsführerin des Landesverbandes der NÖ Sparkassen, Vorstandsvorsitzender Heinz Schuster (s Versicherung) und die Vorsitzende des Landesverbandes Hospiz NÖ, Brigitte Riss.

Größtes Netzwerk sozialer Organisationen

Die ERSTE Stiftung verleiht im Juni zum ersten Mal ihren „Preis für soziale Integration“ in Wien. Mehr als 5400 Projekte und Initiativen haben sich seit 2007 an dem Projekt beteiligt. Aus dieser Initiative ist das größte Netzwerk von NGO in Zentral- und Osteuropa entstanden. Das Ziel der ERSTE Stiftung ist die nachhaltige Unterstützung von privaten Sozialeinrichtungen, die auf innovative Weise an integrativen Gesellschaften arbeiten. Der Preis ist mit 610.000 Euro dotiert.

Neue Instrumente für Kinderbetreuungs-zentrum

Gesang, musische Bildung und Musik haben im Kinderbetreuungs-zentrum Weer einen großen Stellenwert. Die Sparkasse Schwarz unterstützte dieses Engagement mit der Anschaffung neuer Instrumente.



Filialleiter Werner Kometer bei der Instrumentenübergabe an die Kinder und ihre Betreuerinnen Bettina Hochschwarzer (Mi.) und Daniela Riedl.

„In den sicheren Hafen Euro wechseln“

Die Situation rund um den Schweizer Franken hatte sich zu Jahreswechsel entspannt. Der Aufwertungsdruck ließ etwas nach. Wie reagieren die Kreditnehmer in Schweizer Franken? Peter Strohmeier, Vertriebsdirektor Retailvertrieb der Steiermärkischen Sparkasse, gibt im Interview Einblick in die aktuelle Argumentation seitens der Sparkassen und in die Reaktion der Kunden.

Sparkassenzeitung: Der Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken hat nachgelassen, der Kurs zum Euro sinkt leicht. Können die Kreditnehmer von Franken-Krediten aufatmen?

Strohmeier: Es ist richtig, dass sich die Situation in der Eurozone derzeit etwas entspannt hat, dennoch ist die Entwicklung sehr unsicher. Diese Unsicherheiten könnten in der Relation Schweizer Franken zur Euro jederzeit wieder einen Rückgang auf 1,20 und darunter mit sich bringen, da bei neuerlich auftauchenden Anzeichen einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung der Anstieg des Euro sehr schnell wieder zunichte gemacht werden kann. Zu beachten ist auch, dass die Schweizer Notenbank insgesamt schon mit sehr hohen Volumina interveniert hat und die Währungsreserven schon fast die Größe des BIP erreicht haben.

Empfehlen Sie als Sparkasse weiterhin die geordnete Umschuldung in den Euro?

Eine Umschuldung in Euro ist von der jeweiligen finanziellen Situation jedes einzelnen Kunden abhängig. Dabei müssen viele Aspekte berücksichtigt werden: Ein bereits erlangter

Zinsvorteil und die jeweilige Kurssituation sollten gegenübergestellt werden. Ist ein Umstieg in den Euro „bei gutem Wind“ möglich, sollte man dies tun – der Zinsvorteil zum Franken ist mittlerweile fast nicht mehr vorhanden.

Bei endfälligen FW-Krediten ist die bisherige Entwicklung des Veranlagungsprodukts zu berücksichtigen. Die meisten Tilgungsträger liegen in ihrer Entwicklung hinter den ursprünglichen Erwartungen und somit ist der Umstieg auf eine tilgende Variante jedenfalls empfehlenswert. Zumindest die Ansparung eines zusätzlichen „Sicherheitspolsters“ ist eine weitere Möglichkeit, das Risiko einzuschränken.

Bei Restlaufzeiten von wenigen Jahren steht einer Chance auf Kursverbesserung ein enormes Risiko durch einen möglichen Bruch der Marke von 1,20 gegenüber.

Welche konkreten Angebote werden den Kunden dabei unterbreitet?

Eine Konvertierung in den Euro ist für unsere Kunden ohne Kosten möglich, das heißt, wir verrechnen keine Devisenprovision, keine Konvertierungsgebühr und keine Ausfertigungskosten. Zusätzlich bieten wir günstige Sonderkonditionen an,



Peter Strohmeier: „Ausstieg aus dem Franken ist ohne Konvertierungskosten möglich.“

wie z. B. 2,95 Prozent variabel, 2,375 Prozent fix auf 12 Monate (danach Zinsgleitklausel + Aufschlag 1,875 Prozent) oder 3,93 Prozent fix auf 60 Monate (danach Zinsgleitklausel + Aufschlag 1,875 Prozent). Viele Kunden entscheiden sich dann, in den sicheren Hafen Euro zu wechseln.

Gibt es noch eine Nachfrage (Neugeschäft) nach Privatkrediten in Schweizer Franken?

Die Nachfrage dafür ist so gering, dass man diese Frage eigentlich mit NEIN beantworten kann. -üh-

Ländlicher Raum, aber urbanes Ambiente

Eigentum oder Miete? Stadt oder Land? Haus oder Wohnung? s REAL und Wohnnet führten vor Kurzem eine Umfrage unter den Usern der Websites www.sreal.at und www.wohnnet.at durch, um die aktuellen Wohnbedürfnisse der Österreicher genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Ergebnisse sind teilweise überraschend.

War in den vergangenen Jahren immer von der Renaissance der Städte die Rede, so ist das Ergebnis dieser Umfrage überraschend: 43 Prozent aller Befragten möchten gerne am Land leben, weitere 22 Prozent ziehen ein Leben in einer Bezirksstadt dem in einer Landeshauptstadt vor. Trendwende durch rapid steigende Wohnkosten im Ballungsraum?

Der Umzug aufs Land wird von den Umfrageteilnehmern jedoch an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, allen voran an eine gute öffentliche Verkehrsanbindung. Für 27 Prozent der Befragten ist das die entscheidende Voraussetzung für eine Übersiedlung weg aus dem städtischen Raum.

Auf die Frage, welche Art von Immobilie es denn sein solle, ent-

schieden sich 25 Prozent für eine Eigentumswohnung, 21 Prozent für ein Einfamilienhaus und 8 Prozent für ein Baugrundstück, auf dem sie die Wunschimmobilie selbst zu errichten beabsichtigen. Mit weiteren 6 Prozent, die sich auf der Suche nach einer anderen Immobilienart – beispielsweise einem Bauernhaus oder einem Reihenhauses – befinden, kommt der Wunsch nach Immobilieneigentum bei den Österreicherinnen und Österreichern klar vor dem nach einem Mietverhältnis. Eine Wohnung mieten wollen 30 Prozent, ein Haus zu mieten nennen 10 Prozent der Befragten als Ziel.

Mehr als die Hälfte der Teilnehmer nannten als wichtigste Eigenschaft einer für sie attraktiven Immobilie –

abgesehen von Lage und Preis – die Raumaufteilung. Eine Terrasse oder einen Balkon wünschen sich 22 Prozent, während die Größe nur für 18 Prozent eine Rolle spielt.

Energieeffizienz ist zweitrangig

Am 1. Dezember 2012 trat in Österreich das neue Energieausweis-Vorlage-Gesetz (EAVG) in Kraft. Die zitierte Umfrage ergab, dass für 24 Prozent der Befragten eine Immobilie mit schlechten Energiekennzahlen überhaupt nicht in Frage käme. 54 Prozent gaben aber an, dass für sie Energieeffizienz zwar wichtig ist, aber kein Muss, jedenfalls kein Ausschlussgrund für eine Immobilie, die ansonsten den Vorstellungen entspricht. -hre-

Hilfe für Kinder in entsetzlicher Lage

Im Februar lenkte die Caritas den Blick auf Kinder in den ärmsten Ländern Europas. Diese leben – oft auf sich allein gestellt – unter Bedingungen, die man sich in den meisten Industriestaaten nicht vorstellen kann. Die Erste Bank hilft dabei, die Not zu lindern.

Friedrich Schuhböck, Caritas-Direktor in St. Pölten, berichtet von den Erzählungen der Leiterin eines ukrainischen Waisenhauses. Sie schildert, dass die Kinder, die zu ihr kommen, in den ersten Tagen nur essen. Sie stopfen alles in sich hinein, was sie bekommen können. Aus lauter Angst, das nächste Essen könnte ausbleiben. Erst langsam gewinnen die Kinder Vertrauen und spüren, dass sie in Sicherheit sind. Dass Hunger und Elend der Vergangenheit angehören.

Ob in Albanien, Weißrussland, Rumänien, in der Republik Moldau oder eben in der Ukraine: Überall auf der Welt gibt es Kinder, die völlig auf sich allein gestellt sind, überall müssen Kinder in entsetzlichen Verhältnissen leben.

Dabei ist es so einfach, diesen Kindern das zu geben, was sie jetzt am dringendsten brauchen: einen Platz in einem Waisenhaus, liebevolle Betreuung in einem Straßenkinderzentrum sowie ausreichend zu essen. Mit 30 Euro schenkt man einem Not leidenden Kind einen



„Coffee to help“ in der Sparkasse Pregarten-Unterweissenbach.

Monat lang täglich eine warme Mahlzeit.

Coffee to help

Am 31. Jänner lagen in den Filialen von Erste Bank und Sparkassen nicht nur Erlagscheine der Caritas auf, an diesem Tag wurden in 13 Sparkassen mit jeweils 64 Geschäftsstellen sowie in 51 Filialen der Erste Bank, in drei Mitarbeiter-Cafés und drei internen Abteilungen Kaffee getrunken und dabei für den guten

Zweck gesammelt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkassen schenkten Kaffee aus und machten gleichzeitig auf das Engagement der Caritas aufmerksam. Mit dieser kleinen Geste konnten insgesamt 10.795,85 Euro für die Aktion „Hilfe für Kinder in Osteuropa“ gesammelt werden.

–spa–

Caritas-Spendenkonto: Erste Bank 012-34560, BLZ 20.111, Kennwort: Hilfe für Kinder in Osteuropa

CIVITAS-Award für soziales Engagement

Die begehrte Auszeichnung geht für diesmal nach Bludenz, Knittelfeld und Frankenmarkt. Vor Kurzem wurde der CIVITAS-Award für besonders nachhaltige und kreative Projekte der Sparkassenstiftungen verliehen. Bewertet wurden die Konzepte durch eine unabhängige Expertenjury, erstmals unter dem Vorsitz des CSR-Experten Roman H. Mesicek, der an der IMC Fachhochschule Krems den Studiengang Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement leitet.

Christian Aichinger, Präsident des Sparkassenverbandes, betont das Ideale: „Die Projekte der Sparkassenstiftungen sind weit mehr als Sponsoring oder Imagepolitik. Die Erfüllung des Gemeinwohlauftrags ist der wichtigste Teil unserer Identität und Grundlage der Sparkassenidee.“

Die Privatstiftung Sparkasse Bludenz holte sich mit dem Projekt „Chancen durch Bildung“ den Sieg. Die Stiftung hat es mit diesem Projekt geschafft, schulische Förderung mit Integration zu verbinden. Finanziert werden nicht nur Nachhilfeunterricht für Kinder und Jugendliche in Deutsch, Englisch und Mathematik, sondern auch gemeinsame Ausflüge, der Besuch von kulturellen Einrichtungen und die gemeinsame Freizeitgestaltung. Den zweiten Platz erhielt ebenfalls ein Projekt aus dem Bildungsbereich: Die Sparkasse der Stadt Knittelfeld Privatstiftung ermöglicht es im Kindergarten und in der Volksschule Landschach in Knittelfeld, den ge-



Die beiden Vorstände der Privatstiftung Sparkasse Bludenz, Christian Ertl und Peter Ritter; Wilhelm Kraetschmer (Stiftungsplattform im Sparkassenverband), Erich Stöckl (Privatstiftung Sparkasse Frankenmarkt), Juryvorsitzender Roman H. Mesicek, VDir. Herbert Aigelsperger (Sparkasse Knittelfeld Privatstiftung), Präsident Christian Aichinger (Sparkassenverband) und Hannes Zehenthofer, ebenfalls Vorstand der Knittelfelder Stiftung.

samten Unterricht zweisprachig – auf Deutsch und Englisch – abzuhalten. Schon im Kindergarten ist ein English Native Speaker in die Betreuung integriert.

Sozialmärkte boomen, was viel über die größer werdende Schere zwischen Arm und Reich aussagt. Immer mehr

Leute unter der Armutsgrenze sind auf diese Versorgung angewiesen. Die Privatstiftung Sparkasse Frankenmarkt ermöglicht nun einen Mobilen Sozialmarkt, abgekürzt MOBSOMA. Mit Hilfe eines Fahrzeugs können nun auch Menschen erreicht werden, die nicht mehr mobil sind.

–spa–



Christine Domforth

AUSBLICK

Olympische Spiele sollte man sich leisten können

Wien sitzt jetzt schon auf einem Schuldenberg

Sein Vorschlag, die Wehrpflicht abzuschaffen, wurde von Österreichs Stimmbürgern glatt abgeschmettert. Dennoch probiert es Wiens Bürgermeister Michael Häupl schon demnächst wieder mit der direkten Demokratie und will die Bevölkerung darüber entscheiden lassen, ob sich die Bundeshauptstadt um die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2028 bemühen soll. Rudern in der Neuen Donau, Radrennen auf dem Kahlenberg und eine Marathonstrecke vorbei an den historischen Gebäuden der Ringstraße – so die Vision. Und Häupl schwärmt schon vom enormen Imagegewinn, den das Mega-Event für Wien brächte.

ball-EM 2008 errichtet wurde, hat auch Österreich ein markantes Beispiel für Großmannssucht im Sportstättenbau und besagten Katzenjammer vorzuweisen. Die erwähnte Fußball-EM hat Österreich gemeinsam mit der Schweiz ordentlich über die Bühne gebracht. Olympische Sommerspiele mit ihren dutzenden Sportarten sind aber eine völlig andere Dimension. In der Bundeshauptstadt existieren derzeit kaum olympiataugliche Sportstätten. Sie alle müssten neu errichtet werden, und das in einer Stadt, in der es seit Jahren nicht einmal gelingt, das undichte Stadthallenbad zu sanieren. Und Trockenschwimmen wird wohl auch 2028 noch keine olympische Sportart sein ...

Die Kosten belasten „nachhaltig“

keine gute Idee und zwar vor allem aus finanziellen Überlegungen. Allein für die Olympia-Bewerbung müssten sage und schreibe 100 Millionen Euro in die Hand genommen werden. Bekäme Wien tatsächlich den Zuschlag, wäre – zu heutigen Preisen! – mit Kosten von mindestens zehn bis zwölf Milliarden Euro zu rechnen. Nun versteht sich die Rathausspitze zwar hervorragend darauf, die Finanzlage der Bundeshauptstadt schönzureden. In Wahrheit sitzt die Stadt Wien aber auf einem beträchtlichen Schuldenberg und sollte sich mit Geld, das sie sich erst ausborgen müsste, nicht auf finanzielle Abenteuer einlassen. In so manchem früheren Olympia-Austragungsort ist heute Katzenjammer angesagt. Während die sündteuren Sportstätten nach Ende der Wettkämpfe leer stehen, belasten die Kosten des Spektakels noch lange die öffentlichen Finanzen. Als warnendes Beispiel könnte – wie Vizebürgermeisterin Vassilakou sicher weiß – Athen dienen. Mit dem Fußballstadion in Klagenfurt, das eigens für die Fuß-

Nüchtern betrachtet, sind Wiens Olympia-Pläne keine gute Idee und zwar vor allem aus finanziellen Überlegungen.

Skepsis gegenüber Megaprojekten

Natürlich wünschen sich viele Wiener mehr und bessere Sportanlagen, aber in alltagstauglichen Dimensionen. Sie in dezentralen Lagen zu bauen wäre weit effizienter, als nur wenige Wochen genutzte Riesenanlagen hinstellen und sie dann entweder verrotten zu lassen oder um teures Geld rückzubauen. Völlig ungelöst sind auch die mit Olympia verbundenen Infrastrukturfragen. Wo soll etwa ein Olympia-Campus hinkommen? Echte Slums, die man dafür plattmachen könnte, hat Wien glücklicherweise nicht. In der Lobau wäre genug Platz, aber da werden nicht nur die Grünen protestieren. Dass die Wiener bei Megaprojekten eine gesunde Skepsis walten lassen, hat sich bereits in den 90er-Jahren gezeigt, als der Plan einer Weltausstellung in Wien abgelehnt wurde. Bleibt zu hoffen, dass die teuren Olympia-Pläne, die der Bürgermeister wohl vor allem deswegen aus dem Hut gezaubert hat, um vom Flop rund ums Parkpickerl abzulenken, ebenfalls eine Absage bekommen.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

Zum Bausparen gibt es keine Alternative

Die heimischen Bausparkassen sind ein wichtiger Pfeiler im sozialen Gefüge des Landes. Sie sorgen nicht nur für leistbaren Wohnraum, sondern spielen auch eine immer wichtigere Rolle bei der Altersvorsorge. Darauf verweist das Arbeitsforum österreichischer Bausparkassen.

In Österreich wird im Vergleich zu anderen Ländern immer noch zu wenig Geld in die thermische Sanierung gesteckt. Deshalb wird die von der Bundesregierung vor drei Jahren beschlossene Förderoffensive auch heuer fortgesetzt. Allein im vergangenen Jahr wurden 15.500 Haushalte thermisch saniert. „Jeder Förder-Euro löst Investitionen von rund zehn Euro aus“, stellte Josef Schmidinger, Generaldirektor der s Bausparkasse, bei einem gemeinsamen Pressgespräch der Chefs der vier heimischen Bausparkassen fest. „Das ist eine echte Win-win-Situation für die Wirtschaft, die Umwelt und für die Wohnungsbesitzer, die dann Geld bei den Betriebskosten sparen“, ergänzte der Chef der ABV Bausparkasse, Thomas Köck.



Die Chefs der vier Bausparkassen: Josef Schmidinger (s Bausparkasse), Susanne Riess (Wüstenrot), Manfred Url (Raiffeisen) und Thomas Köck (ABV).

„Jeder Förder-Euro löst Investitionen von 10 Euro aus.“

Josef Schmidinger, s Bausparkasse

Bauwirtschaft braucht Impulse

Kürzlich zeigte eine Studie des WIFO, dass der freie Markt keine ausreichende Versorgung mit leistbarem Wohnraum gewährleisten kann. Daher wehren sich die Bausparkassen gegen alle Tendenzen in Richtung Kürzung oder Abschaffung der Wohnbauförderung. „Die

Bauwirtschaft braucht Impulse. Es hat sich gezeigt, dass Länder, in denen die Wohnungswirtschaft eher auf öffentliche Fördersysteme gestützt ist, eine wesentlich stabilere Wirtschaftsentwicklung aufweisen“, stellte Susanne Riess, Chefin der Wüstenrot Bausparkasse, klar. „Der Grund dafür ist die Tatsache, dass sich Haus- und Wohnungspreise wesentlich moderater entwickeln, als das übrige Preisniveau.“

2012 stellten die österreichischen Bausparkassen der Bauwirtschaft eine Finanzierungsleistung von 3.070 Mio. Euro zur Verfügung. Wenn man dem die staatliche Aufwendung der Bausparprämie von 67 Mio. Euro gegenüberstellt, ergibt sich ein Hebel mit 45-facher Wirkung, der als inländische Wertschöpfung die Bauwirtschaft ankurbelt.

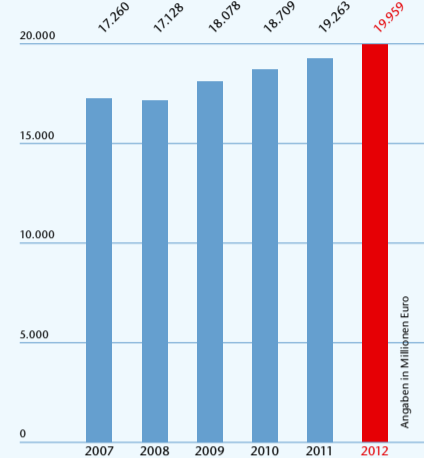
Die Schaffung von Wohnraum für den privaten Eigenbedarf spielt auch eine immer wichtigere Rolle, wenn es um die Vorsorge für das Alter geht. „Erspartes Geld wird ausgegeben und ist irgendwann weg“, sagt Manfred Url, Generaldirektor der Raiffeisen Bausparkasse. „Eine Wohnung bleibt aber.“ Hier kommt dem Bausparen eine wichtige Rolle als Basisabsicherung für das Alter zu. Dabei sei es völlig unerheblich, ob die Immobilie im Laufe der Jahre im Wert steigt – solange die Eigentümer in der Immobilie wohnen, treffen sie Schwankungen des Immobilienmarktes nicht.

Einlagen auf historischem Höchststand

Die Bilanz der Bausparkassen ist geprägt von der Halbierung der Bausparprämien, die von der Bun-

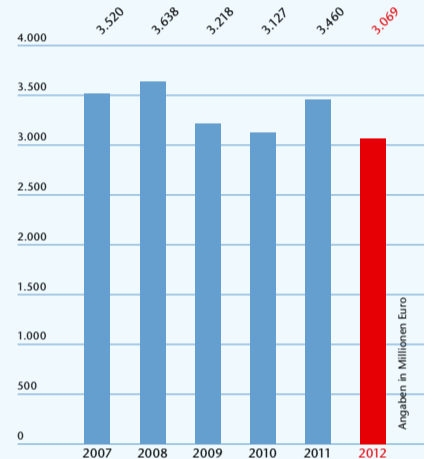
Bauspareinlagen

Die Bauspareinlagen aller Bausparkassen stiegen 2012 um 3,6%, das sind fast 700 Millionen Euro, auf nahezu 20 Milliarden Euro und haben damit einen neuen historischen Höchststand erreicht. Das allgemein niedrige Zinsniveau hebt die Attraktivität des Bausparens. Seit Mitte 2009 legt der Bausparvertrag ein eindrucksvolles Comeback an den Tag. Im dritten Quartal 2012 sind es laut einer Integral-Umfrage wieder 49% der Bevölkerung, die diese Veranlagungsform besonders interessant finden. Bausparen liegt an erster Stelle in der Beliebtheit der Finanzprodukte.



Finanzierungsleistung

Im Jahr 2012 stellten die österreichischen Bausparkassen der Bauwirtschaft eine Finanzierungsleistung von 3.069 Millionen Euro zur Verfügung. Die Bausparfinanzierung hat einen hohen Stellenwert, wenn es um Sicherheit und Berechenbarkeit geht. Gerade beim Wohnen ist ein ausreichendes Volumen an zinsgünstigen Darlehen zur Sicherung leistbaren Wohnraums Voraussetzung für Stabilität in der monatlichen Haushaltsrechnung der Familien.



desregierung im vergangenen Jahr im Rahmen des Sanierungspaketes beschlossen worden war. Das führte zu einem Einbruch bei den Neuausschlüssen, der auch durch einen Boom Ende des Jahres nicht aufgeholt werden konnte. Insgesamt wurden 2012 rund 7 Prozent weniger Bausparverträge abgeschlossen. Im heurigen Jahr entwickelt sich

das Geschäft deutlich besser. Josef Schmidinger: „Angesichts des historisch tiefen Zinsniveaus gibt es zum Bausparen keine Alternative.“ Die Bauspareinlagen stiegen 2012 um 3,6 Prozent auf den historischen Höchststand von nahezu 20 Mrd. Euro. Der Ausleihungsbestand erhöhte sich im Jahresvergleich um gut drei Prozent auf 19,3 Mrd. Euro. -hre-

Für mehr Finanzbildung in Österreich

Erste Bank und Sparkassen haben eine weitere Initiative zur Vermittlung von Wirtschaftswissen gestartet. Auf den Webseiten von Erste Bank und Sparkassen gibt es eine neuartige Videoserie mit dem Namen: „Auf einen Espresso mit Rainer Münz“.

In der Serie erklärt Prof. Rainer Münz wöchentlich einen Begriff aus der Finanzwelt oder beleuchtet aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen in kompakter Art und Weise. „Unser Ziel ist es, in einer immer komplexer werdenden Wirtschaftswelt den Menschen die Zusammenhänge noch näher zu bringen“, so Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank. „Das beeinflusst ja auch die eigenen Entscheidungen für die Geldanlage.“

Dabei werden einmal Grundbegriffe aus der Finanzwelt einfach und kompakt erklärt, ein anderes Mal



Auf einen Espresso mit Rainer Münz

aktuelle Zusammenhänge oder wirtschaftliche Entwicklungen verständlich skizziert. Es ist kein Vorwissen dafür notwendig. Wirtschaftswissen soll so einfach wie möglich erklärt werden. Die Themenvielfalt ist groß: Von der Frage „Wird es den Euro in ein paar Jahren noch geben?“ bis über „Was ist eigentlich Inflation?“ wird ein breites Spektrum an Wirtschaftsfragen abgedeckt.

Rainer Münz leitet das Leiter des Research & Knowledge Center der Erste Group und ist Vorsitzender im Erste School Board. Von 2008 bis 2010 war er Mitglied der „Refle-

xionsgruppe Horizont 2020–2030“ der Europäischen Union (sog. genannter „EU-Weisenrat“). Der international bekannte Forscher lehrte an verschiedenen Universitäten in Österreich, Deutschland und der Schweiz. Für die Erste Bank denkt er über Zukunftsfragen von Wirtschaft und Gesellschaft nach.

Die Sparkassengruppe engagiert sich seit vielen Jahren in der Finanzbildung. Mit Sparefroh TV wurde eine Art modernes Schulfernsehen für Volksschüler gestartet, das auch vom Bundesministerium für Unterricht unterstützt wird.

Außerdem wird seit vielen Jahren eng mit der Schuldnerberatung und diversen Jugendorganisationen zusammengearbeitet, um speziell bei Jugendlichen mehr Bewusstsein für den Umgang mit Geld zu schaffen. Die Sparkassen sind seit vielen Jahren mit Workshops an Schulen vertreten, um den vernünftigen Umgang mit Geld Kindern und Jugendlichen näherzubringen.

Die Serie „Auf einen Espresso mit Rainer Münz“ ist auch auf youtube verfügbar: www.youtube.com/erstebankoesterreich

-spa-

CSR: Vom Lippenbekenntnis zum Unternehmensalltag

EU-Parlament für gemeinwohlorientiertes Unternehmertum

In ihrer aktuellen Strategie zur Förderung der sozialen Verantwortung der Unternehmen beschreibt die Europäische Kommission die Konzeption CSR (Corporate Social Responsibility) als ein Verfahren, mit dem soziale, ökologische und ethische Belange sowie Menschenrechtsfragen in die Betriebsführung und Kernstrategie von Unternehmen integriert werden sollen. Schwerpunkt dieser bis 2014 laufenden Strategie ist es, CSR zu thematisieren und mehr Anreize für Unternehmen zu schaffen, CSR-Maßnahmen einzuführen und umzusetzen.

Roland L. Tassler, Brüssel

Die Kommission beschränkte sich bis dato hauptsächlich auf Empfehlungen und appellierte an die Selbstregulierungskraft der Unternehmen. Im Rahmen von Diskussionsveranstaltungen (den multilateralen CSR-Plattformen) sollen Unternehmen eingegangene Verpflichtungen der Wirtschaftstreibenden diskutieren und gemeinsam die Fortschritte bewerten. In Zeiten einer in vielen Teilen der Union spürbaren Rezession will es die Kommission aber nicht mehr bei rechtlich nicht bindenden Vorschlägen belassen. Die gerade in Ausarbeitung stehende neue CSR-Strategie, die spätestens ab 2015 gelten soll, wird ihren unverbindlichen Charakter verlieren und Rechtsvorschriften beinhalten, die sich etwa mit der Offenlegung nichtfinanzieller Informationen durch die Unternehmen befassen werden. Die Kommission erhofft sich, dass durch die Berichterstattung über soziale und ökologische unternehmerische Daten das Vertrauen von Bürgern in Unternehmen verbessert werden kann.

Parlament nimmt neuen CSR-Anlauf

Das Europäische Parlament setzt sich bereits seit 2002 für mehr CSR ein. Es schrieb an der bisherigen Strategie mit und will auch die neue EU-Strategie für die soziale Verantwortung der Unternehmen mitgestalten. Im Februar 2013 hat das Europäische Parlament daher zwei Stellungnahmen zum Bereich CSR verabschiedet, deren Inhalte Einfluss auf die laufenden Arbeiten der Kommission nehmen sollen. Durch konkrete Vorschläge, wie Unternehmen zu einem nachhaltigen und integrativen Wirtschaftswachstum beitragen und über ihre verantwortungsvolle Geschäftsbearbeitung Rechenschaft ablegen können, will das EU-Parlament einen neuen Anlauf nehmen, um für einen umfassenden CSR-Ansatz in den Unternehmen einzutreten.

Vom Marketingtool zur Gesamtstrategie

Das EU-Parlament ist der Überzeugung, dass CSR nicht zu einem Marketinginstrument verkümmern darf. CSR muss in der unternehmerischen Gesamtstrategie wie auch im Alltagsgeschäft eines Unternehmens fest verankert sein. Die Vorschläge des Europäischen Parlaments lassen sich am besten anhand eines „CSR-Kleeblatts“ darstellen, durch das Unternehmen angehalten werden sollen, diese von der Union erwünschte CSR-Integration



Eigeninteresse, politischer und gesellschaftlicher Druck, Rechtsvorschriften sowie Sanktionen bei Nichterfüllung stellen die vier Teile des „CSR-Kleeblatts“ dar, die die Basis für den Wiederaufschwung bilden sollen.

in Strategie und Tagesgeschäft auch wirklich zu erfüllen. Eigeninteresse, politischer und gesellschaftlicher Druck, Rechtsvorschriften sowie Sanktionen bei Nichterfüllung stellen die vier Teile des Blattes dar, die eine kräftige Basis für einen nachhaltigen und integrativen Wiederaufschwung bilden sollen.

„ Für CSR kann es kein Einheitskonzept geben. “

Das Europäische Parlament sieht einerseits die Unternehmen und besonders die Finanzinstitute in der Pflicht, indem sie nachhaltige Geschäftsmodelle ausarbeiten, die sozialen Auswirkungen der derzeitigen Wirtschaftskrise abzufedern. CSR ist aber auch für Unternehmen interessant, weil bei potenziellen Kunden das Ansehen gefördert werden kann, was wiederum langfristig zu mehr Erfolg des Unternehmens beiträgt.

Das EU-Parlament sieht aber auch die Union in ihrer Gesamtheit in der Pflicht, entsprechende Lehren aus der Krise zu ziehen. Laut Parlament basiert die weltweite Wirtschaftskrise auf grundlegenden Fehlern im Hinblick auf Transparenz, Rechenschaftspflicht, Verantwortung und kurzfristiges Denken. Die Unternehmen werden aufgefordert, gute Unternehmensführung mit gut wahrgenommener Unternehmensverantwortung zu ver-

knüpfen. Auf Vorstands- bzw. Aufsichtsratsebene sollen CSR-Strategien angenommen werden und die Mitgliedstaaten sollen Corporate Governance-Kodizes einführen, die eine solide Verbindung zwischen der ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Leistung des Unternehmens und seinem finanziellen Ergebnis herstellen.

Integrierte Berichterstattung statt EU-Indikatoren

Dem Bedürfnis der Zivilgesellschaft nach mehr Transparenz soll durch konkrete Rechtsvorschriften Rechnung getragen werden. Das EU-Parlament fordert die Aufstellung einer „Nachhaltigkeitsbilanz“ und unterstützt das Ziel des Internationalen Rats für Integrierte Berichterstattung (IIRC), die Integrierte Berichterstattung in den nächsten zehn Jahren zur weltweiten Norm zu machen. Abgelehnt wird jedoch die Entwicklung eigener EU-Leistungsindikatoren. Vielmehr sollen weltweit anerkannte Methoden gefördert werden, wie die Global Reporting Initiative. Für alle Investmentfonds und Finanzinstitute soll die Verpflichtung eingeführt werden, über sämtliche angewandte Kriterien für ethische und verantwortungsvolle Investitionen bzw. über die befolgten Standards und Normen zu informieren.

Das Europäische Parlament erkennt aber an, dass eine Verpflichtung zur systematischen Erstellung einer „Nachhaltigkeitsbilanz“ keine übermäßige Belastung für die Unternehmen darstellen soll. Das Eigeninteresse ist erst zu wecken. Bis eine regelmäßige nichtfinanzielle Berichterstattung für die Un-

ternehmen verbindlich wird, soll es entsprechende Übergangsfristen geben. Für KMU sind Ausnahmen bzw. vereinfachte Regelungen anzuwenden.

CSR als Instrument der Disziplinierung durch EU

Bis konkrete bindende Rechtsvorschriften eingeführt sind, kann sich das EU-Parlament andere Maßnahmen vorstellen, die CSR fördern bzw. eine fehlende Gemeinwohlorientierung von Unternehmen sanktionieren. CSR-Erwägungen sollen in das öffentliche Vergabewesen integriert und das Zuschlagskriterium nach dem niedrigsten Preis eliminiert werden. Im Gegensatz sollen Unternehmen, die z. B. gegen Arbeitnehmerrechte verstoßen, als Empfänger von Zuschüssen und Mitteln der EU nicht in Frage kommen und von der Teilnahme an Ausschreibungen öffentlicher Beschaffungsaufträge

auf allen Verwaltungsebenen ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Druck in Richtung legislativer Maßnahmen gestiegen ist. Als erste konkrete Maßnahme ist abzusehen, dass die Europäische Kommission einen Richtlinienvorschlag über die Offenlegung nichtfinanzieller Informationen von Unternehmen vorlegen wird. Dennoch lässt das Europäische Parlament einen sehr ausbalancierten Ansatz erkennen. Der Österreichische Sparkassenverband hat sich sehr in diesem Sinne engagiert. Für die Sparkassen, die die Gemeinwohlorientierung als Gründungsauftrag verstehen und täglich leben, darf es zu keiner Einengung ihrer zahlreichen Initiativen kommen. Wir sprechen und sprechen uns auch weiterhin für die Wahrung eines möglichst großen Handlungsspielraumes für die Unternehmen aus. Für CSR kann es kein Einheitskonzept geben. Der multidimensionale und freiwillige Charakter von CSR ist beizubehalten. Im Rahmen der Entwicklung und Umsetzung möglicher CSR-Leitlinien ist genügend Raum für die besonderen Anforderungen der Mitgliedstaaten zu lassen und vorbildhafte Beispiele sind zu schützen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Annahme der von uns empfohlenen Forderung nach einem CSR-Test. Das EU-Parlament verlangt von der Kommission die Einführung eines CSR-Tests, dem geplante Rechtsvorschlüsse unterworfen werden sollen. Dieser Test soll die Auswirkungen von Initiativen auf CSR-Maßnahmen bewerten und die entsprechenden Ergebnisse beim Entwurf von Vorschlägen berücksichtigen. Etablierte und gut funktionierende CSR-Aktivitäten sollen durch die Einführung des CSR-Tests künftig sichergestellt werden.



Das EU-Parlament ist der Überzeugung, dass CSR nicht zu einem Marketinginstrument verkümmern darf.

„Man muss jetzt gegen alles und jedes sein“

Die jüngsten Parlamentswahlen in Italien sind nur ein – wenn auch spektakuläres – Syndrom. Die Vertrauenskrise in Europa hat längst von den Lasagne und den Tortellini, den Banken und dem Profi-Fußball auf die Politik übergegriffen. Wutbürgerschaft – wohin das Auge blickt. Achterbahn sprach darüber mit dem Leiter des „Instituts für Vertrauensabbau und alternativen Dilettantismus“, Prof. Dr. Xaver Weigerer. Er ist auch Korrespondierendes Mitglied der weltweit höchstangesehenen „AKADEMIE FÜR NIHILISMUS UND SYSTEMVERWEIGERUNG“.



Credit: Massimo Papazzoni

Beppe Grillo. Auch in Österreich treten erfreulicherweise Persönlichkeiten zu Wahlen an, die wenig Ahnung von Politik haben und gar nicht haben wollen.

Achterbahn: In Italien wird eine diffuse Bewegung des Ex-Komikers Beppe Grillo auf Anhieb stärkste Einzelpartei. Er ist gegen alles und jedes, zieht jetzt aber mit Dutzenden von Abgeordneten in die beiden Häuser des Parlaments ...
Weigerer: Das ist durchaus im Zug der Zeit und wird sich als politisches Phänomen nicht auf Italien beschränken.

Aber wie wird das enden?
 Wieso enden, es hat doch alles erst angefangen. Auch in Österreich treten erfreulicherweise Persönlichkeiten zu Wahlen an, die wenig Ahnung von Politik haben und gar nicht haben wollen. Die wissen gar nicht, um wie viele Mandate im Parlament oder in wie vielen Gemeinden in einem Bundesland sich ihre Kandidaten überhaupt bewerben. Das ist mittlerweile auch völlig unwichtig. Wichtig ist, man deklariert sich selbst lautstark zum frischen Wind oder, noch besser – zum Tsunami, der das etablierte System hinwegfegt.

Sie forschen auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik und des alternativen Dilettantismus. Was erwartet uns europaweit nach solchen politischen Erfolgen?
 Ein Fehler wäre es, das alles nur politisch zu sehen. Natürlich haben Wutbürgertum und Nihilismus in der Politik ihre große Bedeutung. Wobei natürlich ein Stronach noch keinen Grillo macht. Hier liegen vor allem zwischen den schauspielerischen Qualitäten Welten. Aber die aktuelle Bewegung des „Gegen-alles-und-Jedes“ etabliert sich in immer mehr Lebensbereichen.

Könnten Sie konkreter werden?
 Gehen Sie heute zu einer Podiumsdiskussion, zu einer Buchpräsentation, oder verfolgen Sie aufmerksam eine der unzähligen Talk-Shows, die da allabendlich in deutschsprachigen TV-Programmen veranstaltet werden. Dort kommen Sie ohne eine kräftige Schimpfkanonade gegen die Zockerei der Banken, den menschenverachtenden Wettbewerb auf den Märkten, gegen den Kapitalismus insgesamt und gegen die Gier der Konzerne gar nicht mehr zu Wort. Sie müssen gegen die Einkommensverteilung, gegen die Vermögensbildung und vor allem gegen die private Eigenvorsorge für das Alter zu Felde ziehen – und schon haben Sie öffentliche Aufmerksamkeit.

Aber die Marktwirtschaft sichert doch ein Wohlstandsniveau, wie wir es in der Menschheitsgeschichte bisher nicht gekannt haben.
 Vorsicht. Mit solchen Äußerungen entlarven Sie sich schnell als unbeherrschter Anhänger der Globalisierung und der Liberalisierung des Wirtschaftsgeschehens. Nein, Sie müssen ganz persönliche Feindbilder formulieren!

Als da wären?
 Findet man in irgendeiner Lasagne-Packung oder im Kebab undeckliertes Pferdefleisch, dann haben Sie mit vollem Rohr gegen die Lebensmittelkonzerne zu Felde zu ziehen. In einem Aufwaschen muss man dann auch den Lebensmittelhandel an den Pranger stellen. Wichtig ist ein vernichtendes Pauschalurteil! Wir, die Konsumenten, glauben

euch ab sofort gar nichts mehr, auch wenn es auf der Packung steht. Viele von uns waren es gewohnt, nach den Prinzipien der lauterer Erwägung der jeweiligen Verantwortlichkeit vorzugehen. Das ist von gestern. Jetzt heißt es: Mit aller Kraft und Polemik gegen alles ballern, was nur irgendwie thematisch dazu passt. Wir eilen mit Riesenschritten zurück zur Kollektivschuld. Erst das macht professionellen Nihilismus in seiner reinsten Form aus.

Aber es muss doch auch weiterhin politische Entscheidungen gewählter Mandatäre und ökonomische Entscheidungen in Zehntausenden von Unternehmensleitungen geben ...

... und die wird es auch weiterhin geben. Aber unter anderen Rahmenbedingungen. Für den Politiker, den Bankmanager oder für den Unternehmer etwa in der Lebensmittelindustrie gilt jetzt generell die Schuldvermutung. Wenn in einem Bundesland Landesmittel in höherverzinsliche Derivate mit hohem Risiko investiert werden, dann ist das eben eine Spekulationswelle der Politik quer durch Österreich. Wenn in Deutschland Eier aus Käfighaltung als Produkte aus Freilandhaltung deklariert wurden, dann wird jetzt die gesamte Lebensmittelindustrie hinterfragt. Wenn irgendwo in England ein Investmentbanker ein Kreditinstitut durch massive Spekulationen an den Rand der Insolvenz führt, dann nimmt sich die gesellschaftskritische Wutbürgerschaft eben das Recht zum vernichtenden Pauschalurteil gegenüber allen kreditwirtschaftlichen Mitarbeitern. Gibt es irgendwo in Brüssel einen Fall der Veruntreuung von Fördergeldern, dann heißt das: Die Europäische Union ist ein Selbstbedienungsladen und im EU-Parlament sitzen hochbezahlte Nichtstuer.

Was heißt das für die Weiterentwicklung der europäischen Industriestaaten?

Wohin die Wutbürgerschaft insgesamt führen soll, das klären wir jetzt in Rahmen eines Forschungsauftrags, an dem namhafte heimische Journalisten und Kulturschaffende mitarbeiten. Was Italien betrifft? Nun, da wird es wohl vor dem Sommer Neuwahlen geben. -üh-



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Aesculap nach 18 Uhr

Dass man als gelernter Österreicher das noch erleben darf! Da sage noch einer, dieses Land sei nicht innovativ oder gar nicht veränderungswillig.

Die Sensation ist jedenfalls perfekt: Die Apotheken werden die Möglichkeit bekommen, von Montag bis Freitag bis 19 Uhr und an Samstagen bis 18 Uhr offen halten können. Eine solche Liberalisierungsoffensive wird etwa den Charakter von Wien, der Weltmetropole mit den meisten gesperrten Gasthäusern am Wochenende, in Sachen Lebensqualität stärken.

Man fasst es kaum. In Hinkunft also die bisher nicht gekannte Chance, jene Rezepte, die man nach langem Warten beim Arzt um 18.30 endlich ausgestellt bekommen hat, noch am selben Tag in der Apotheke einlösen zu dürfen.

Noch stärker das Glücksgefühl für den Samstag, den Haupteinkaufstag der Berufstätigen. Das hechelnde Abarbeiten der Einkaufsliste vor 12 Uhr – weil Aspirin, eine Wundsalbe und Hansaplast daraufgestanden sind – fällt in Hinkunft weg.

Der Rückstau nerviger Kunden um 11.50 Uhr – nicht selten bis auf die Straße – gehört der Vergangenheit an. Der Nervenkitzel, ob die für ihre Präzision bekannten Apotheker nicht doch den Eingang von innen zu High Noon sperren und die noch Wartenden ihrem Schicksal überlassen, fällt jetzt wohl weg.

Apotheken in Einkaufszentren werden jetzt möglicherweise integraler Bestandteil des umfassenden Wochenendeinkaufs sein. Wenn jetzt noch jene Betriebe, die gelegentlich auch im innerstädtischen Büroviertel noch beinhart von 12 bis 14 Uhr Siesta halten, nunmehr die Ladenöffnung liberalisieren, dann wird des Konsumentenglücks kein Ende sein.

Doch der Mensch ist bekanntlich unersättlich. Und so greift schon egozentrische Spekulation um sich. Ob es einer der kommenden Generationen vergönnt sein wird, sonntags in einem Supermarkt einzukaufen, ohne verreisen zu wollen? -üh-

OFFENLEGUNG GEM. §25 MEDIENGESETZ

Herausgeber:
 Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
 Präsident: Dr. Christian Aichinger
 Generalsekretär: Mag. Michael Ikrath

Medieninhaber und Verleger:
 Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH,
 Löwelstraße 6 / 2. Stock, 1010 Wien
 Geschäftsführung: Mag. Michael Zimper
 Unternehmensgegenstand:
 Die Herstellung, der Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften, der Handel mit Waren aller Art sowie die Organisation von Veranstaltungen.

Gesellschafter:

- Verlassenschaft nach Prof. Walter Zimper, geb. 29.04.1942 BG Wr. Neustadt, GZ 15 A 16/08z (65 %)
- P & V Holding Aktiengesellschaft (35 %)

Erklärung über die grundlegende Richtung gem. § 25 (4) MedienG:
 Das offizielle Fach- und Bekanntmachungsblatt der Sparkassengruppe mit Wirtschaftsinformationen sowie Fachbeiträgen und Mitteilungen der österreichischen Sparkassen.

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at
 Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronoschitz, Mag. Helmut Reindl; Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nicola Frimmel, Mag. Michael Mauritz
 Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.kommunalverlag.at
 Diese Ausgabe wurde am 27. 2. 2013 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umweltpapier.